

Antrag 30/II/2025**KDV Steglitz-Zehlendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****Nothilfefonds und Unterstützungsinfrastruktur für das queere Freizeit- und Nachtleben einführen**

1 Die SPD-Mitglieder des Berliner Senats und die SPD-
 2 Fraktion Berliner Abgeordnetenhaus werden aufgefordert
 3 in enger Abstimmung mit den relevanten Akteur*innen
 4 der Wirtschaft und Zivilgesellschaft einen Nothilfefonds
 5 für queeres Nachtleben in Berlin einzuführen. Ziel des
 6 Fonds soll es sein, dass in wirtschaftliche Bedrängnis ge-
 7 ratene oder durch Angriffe zu Schaden gekommen Ein-
 8 richtungen des queeren Freizeit- und Nachtlebens vor der
 9 Schließung bewahrt werden können. Hierfür soll ein Kri-
 10 terienkatalog erarbeitet werden, der regelmäßig evaluiert
 11 werden soll und bspw. Standortrelevanz, Kulturangebote,
 12 Beratungsangebote, gute Arbeitsbedingungen und Dis-
 13 kriminierungsfreiheit. Maßgeblich soll der Schutz von alt-
 14 gedienten Standorten und Sicherung von Angeboten und
 15 Arbeitsplätzen sein. Berechtigt sein sollen bspw. Clubs,
 16 Bars oder Kultureinrichtungen oder sonstige Standorte,
 17 die queere Freizeit- und Kulturangebote bereitstellen. Der
 18 Fonds soll solidarisch von den Einrichtungen und/oder,
 19 die es sich leisten können und dem Abgeordnetenhaus fi-
 20 nanziert werden. Der Fonds soll Härten wie Mietexplosio-
 21 nen, Klageprozesse oder gewalttätige Zerstörungen abfe-
 22 dern und die Möglichkeit wirtschaftlicher Konsolidierung
 23 oder eines Umzugs beim größtmöglichen Erhalt von An-
 24 geboten zu erschwinglichen Preisen und Arbeitsplätzen
 25 ermöglichen.

26
 27 Ebenfalls sollen bei der zuständigen Senatsverwaltung
 28 oder den Bezirken Beratungsangebote bei Mietrechtsfra-
 29 gen oder Wirtschaftlichkeitsproblemen eingerichtet wer-
 30 den, die sich explizit an queere Kultur- und Freizeiteinrich-
 31 tungen richten.

32
 33 Senat und Fraktion sollen sich weiterhin gegenüber der
 34 Bundesebene (SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag,
 35 Bundesregierung, im Bundesrat) für die zügige Einfüh-
 36 rung eines Gewerbemietendeckels einsetzen. Gemein-
 37 sam mit den Bezirken soll weiterhin an tragfähigen Lärm-
 38 schutzkonzepten unter Einbeziehung der aktuellen Recht-
 39 sprechung gearbeitet werden und das Vorkaufsrecht, wo
 40 möglich, genutzt werden.

41
 42 **Begründung**

43 Die SPD-Mitglieder des Berliner Senats und die SPD-
 44 Fraktion Berliner Abgeordnetenhaus werden aufgefordert
 45 in enger Abstimmung mit den relevanten Akteur*innen
 46 der Wirtschaft und Zivilgesellschaft einen Nothilfefonds
 47 für queeres Nachtleben in Berlin einzuführen. Ziel des
 48 Fonds soll es sein, dass in wirtschaftliche Bedrängnis ge-

Die SPD-Mitglieder des Berliner Senats und die SPD-
 Fraktion Berliner Abgeordnetenhaus werden aufgefordert
 in enger Abstimmung mit den relevanten Akteur*innen
 der Wirtschaft und Zivilgesellschaft einen Nothilfefonds
 für queeres Nachtleben in Berlin einzuführen. Ziel des
 Fonds soll es sein, dass in wirtschaftliche Bedrängnis ge-
 ratene oder durch Angriffe zu Schaden gekommen Ein-
 richtungen des queeren Freizeit- und Nachtlebens vor der
 Schließung bewahrt werden können. Hierfür soll ein Kri-
 terienkatalog erarbeitet werden, der regelmäßig evaluiert
 werden soll und bspw. Standortrelevanz, Kulturangebote,
 Beratungsangebote, gute Arbeitsbedingungen und Dis-
 kriminierungsfreiheit. Maßgeblich soll der Schutz von alt-
 gedienten Standorten und Sicherung von Angeboten und
 Arbeitsplätzen sein. Berechtigt sein sollen bspw. Clubs,
 Bars oder Kultureinrichtungen oder sonstige Standorte,
 die queere Freizeit- und Kulturangebote bereitstellen. Der
 Fonds soll solidarisch von den Einrichtungen und/oder,
 die es sich leisten können und dem Abgeordnetenhaus fi-
 nanziert werden. Der Fonds soll Härten wie Mietexplosio-
 nen, Klageprozesse oder gewalttätige Zerstörungen abfe-
 dern und die Möglichkeit wirtschaftlicher Konsolidierung
 oder eines Umzugs beim größtmöglichen Erhalt von An-
 geboten zu erschwinglichen Preisen und Arbeitsplätzen
 ermöglichen.

Ebenfalls sollen bei der zuständigen Senatsverwaltung
 oder den Bezirken Beratungsangebote bei Mietrechtsfra-
 gen oder Wirtschaftlichkeitsproblemen eingerichtet wer-
 den, die sich explizit an queere Kultur- und Freizeiteinrich-
 tungen richten.

Für akut in wirtschaftliche Not geratene queere Clubs soll
 es ein niedrigschwelliges finanzielles Förderprogramm
 zur wirtschaftlichen Soforthilfe geben.

Senat und Fraktion sollen sich weiterhin gegenüber der
 Bundesebene (SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag,
 Bundesregierung, im Bundesrat) für die zügige Einfüh-
 rung eines Gewerbemietendeckels einsetzen. Gemein-
 sam mit den Bezirken soll weiterhin an tragfähigen Lärm-
 schutzkonzepten unter Einbeziehung der aktuellen Recht-
 sprechung gearbeitet werden und das Vorkaufsrecht, wo
 möglich, genutzt werden.

49 ratene oder durch Angriffe zu Schaden gekommen Ein-
50 richtungen des queeren Freizeit- und Nachtlebens vor der
51 Schließung bewahrt werden können. Hierfür soll ein Kri-
52 terienkatalog erarbeitet werden, der regelmäßig evaluiert
53 werden soll und bspw. Standortrelevanz, Kulturangebote,
54 Beratungsangebote, gute Arbeitsbedingungen und Dis-
55 kriminierungsfreiheit. Maßgeblich soll der Schutz von alt-
56 gedienten Standorten und Sicherung von Angeboten und
57 Arbeitsplätzen sein. Berechtigt sein sollen bspw. Clubs,
58 Bars oder Kultureinrichtungen oder sonstige Standorte,
59 die queere Freizeit- und Kulturangebote bereitstellen. Der
60 Fonds soll solidarisch von den Einrichtungen und/oder,
61 die es sich leisten können und dem Abgeordnetenhaus fi-
62 nanziert werden. Der Fonds soll Härten wie Mietexplosio-
63 nen, Klageprozesse oder gewalttätige Zerstörungen abfe-
64 dern und die Möglichkeit wirtschaftlicher Konsolidierung
65 oder eines Umzugs beim größtmöglichen Erhalt von An-
66 geboten zu erschwinglichen Preisen und Arbeitsplätzen
67 ermöglichen.

68
69 Ebenfalls sollen bei der zuständigen Senatsverwaltung
70 oder den Bezirken Beratungsangebote bei Mietrechtsfra-
71 gen oder Wirtschaftlichkeitsproblemen eingerichtet wer-
72 den, die sich explizit an queere Kultur- und Freizeiteinrich-
73 tungen richten.

74
75 Senat und Fraktion sollen sich weiterhin gegenüber der
76 Bundesebene (SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag,
77 Bundesregierung, im Bundesrat) für die zügige Einfüh-
78 rung eines Gewerbemietendeckels einsetzen. Gemein-
79 sam mit den Bezirken soll weiterhin an tragfähigen Lärm-
80 schutzkonzepten unter Einbeziehung der aktuellen Recht-
81 sprechung gearbeitet werden und das Vorkaufsrecht, wo
82 möglich, genutzt werden.